

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

Im November 1987 führte die Stasi in der Umweltbibliothek die Aktion „Falle“ durch, um die Herstellung der Oppositionszeitschrift „Grenzfall“ zu verhindern. Die Nachricht von der Razzia wurde über die westlichen Medien auch innerhalb der DDR rasch verbreitet. Die Stasi sammelte daraufhin verschiedene Reaktionen in der Bevölkerung zu dieser Durchsuchung in kirchlichen Räumen.

Die Kirchen in der DDR boten innerhalb der realsozialistischen Diktatur einige Freiräume, die besonders junge Menschen für sich nutzten. Neben selbst bewirtschafteten Räumlichkeiten besaßen die Kirchen eine staatliche Druckgenehmigung, die sie zur Herausgabe eigener Publikationen ohne vorherige staatliche Zensur berechtigte. Im Umfeld der Kirchen entstanden neben der gegen Wehrunterricht und Aufrüstung gerichteten Friedensbewegung ab Ende der 70er Jahre auch Umweltgruppen in der DDR. Diese wandten sich gegen die zunehmende Umweltverschmutzung ihres Landes und versuchten, sich selbst Informationen zu Umweltthemen zu verschaffen, die der SED-Staat der Öffentlichkeit bewusst vorenthielt.

In der Ost-Berliner Zionsgemeinde befand sich mit der Umweltbibliothek (UB) ein Versammlungsort für Oppositionelle, der zunehmend ins Visier der Stasi geriet. Die UB ermöglichte nicht nur einen Zugang zu westlicher Fachliteratur, sondern hier fanden auch Veranstaltungen statt und ihre Mitglieder produzierten Zeitungen im Selbstverlag.

Unter dem Decknamen Aktion „Falle“ führte die Stasi in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 in der Umweltbibliothek eine Razzia durch. Geplant war, Aktivisten bei der Herstellung der nicht durch die kirchliche Lizenz gedeckten Oppositionszeitung „Grenzfall“ zu ertappen. Das Samisdatblatt wurde von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ publiziert, die die Staatssicherheit wegen ihrer kritischen Arbeit als illegal einstuft. Durch eine kurzfristige Planänderung wurde der Druck jedoch verschoben und die Stasi traf Mitglieder der Umweltbibliothek stattdessen beim Drucken der kircheneigenen „Umweltblätter“ an. Den Oppositionellen gelang es, westliche Medien über die Razzia zu informieren und durch Mahnwachen und Protestveranstaltungen den Bekanntheitsgrad der Umweltbibliothek in Ost und West zu erhöhen. Die Aktion „Falle“ durchkreuzte damit das eigentliche Vorhaben des MfS, die Verbreitung kritischer Positionen in der Öffentlichkeit zu verhindern.

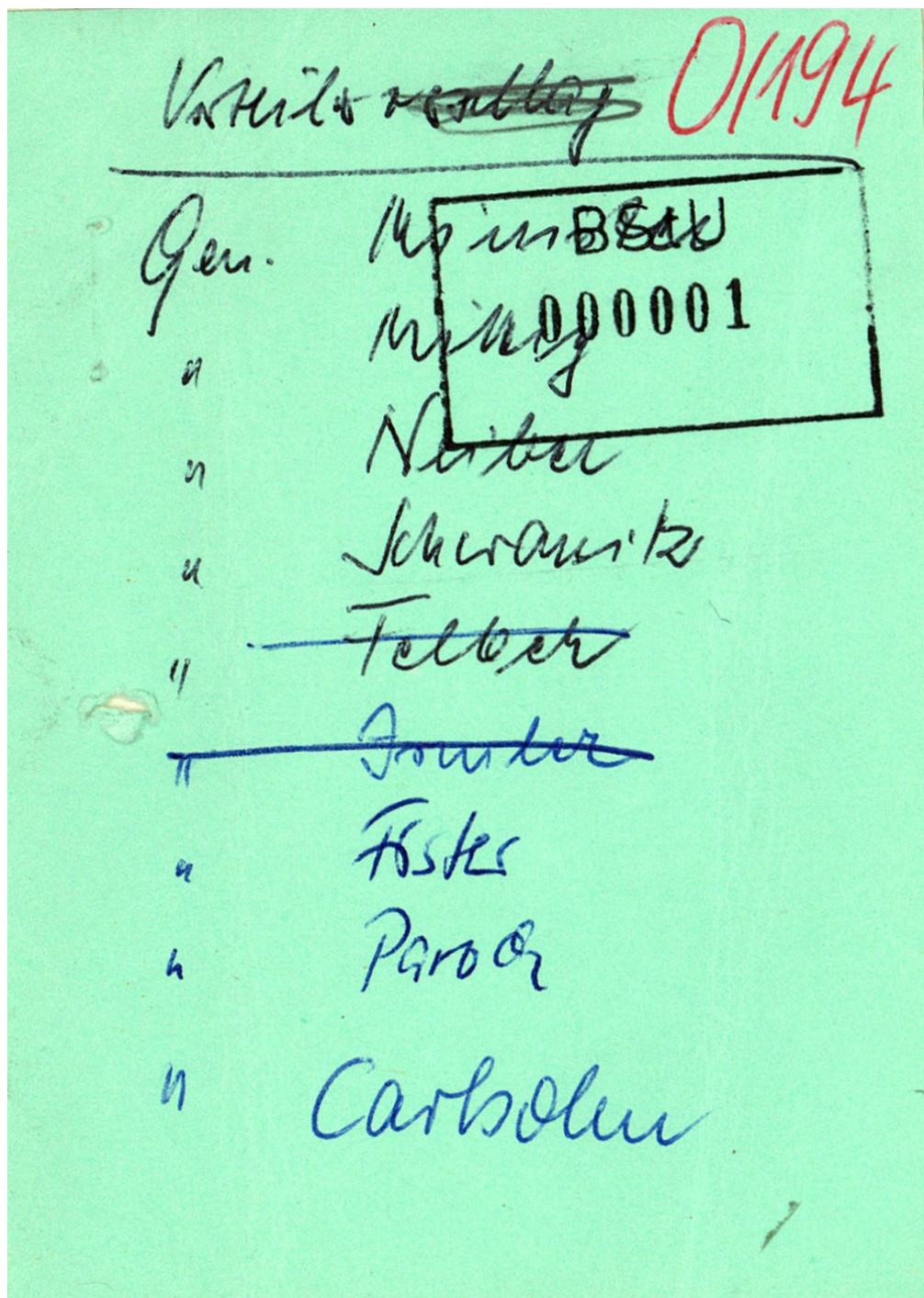
Im Dezember 1987 registrierte und dokumentierte die Staatssicherheit Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen gegen oppositionelle Gruppen. Unter anderem hätten Teile der Bevölkerung die unzureichende Berichterstattung der DDR-Massenmedien über den Vorfall in der Zionskirche kritisiert. Einige kirchliche Amtsträger hätten das Wirken der Oppositionsbewegung unter dem Dach der Kirche kritisch beurteilt, da es eine Belastung für das Verhältnis von Staat und Kirche bedeutete. Andere Amtsträger machten laut Aufzeichnung der Stasi deutlich, dass "die Kirche bestimmten Auseinandersetzungen nicht mehr aus dem Weg gehen könnte".

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4233, Bl. 1-7-8

Metadaten

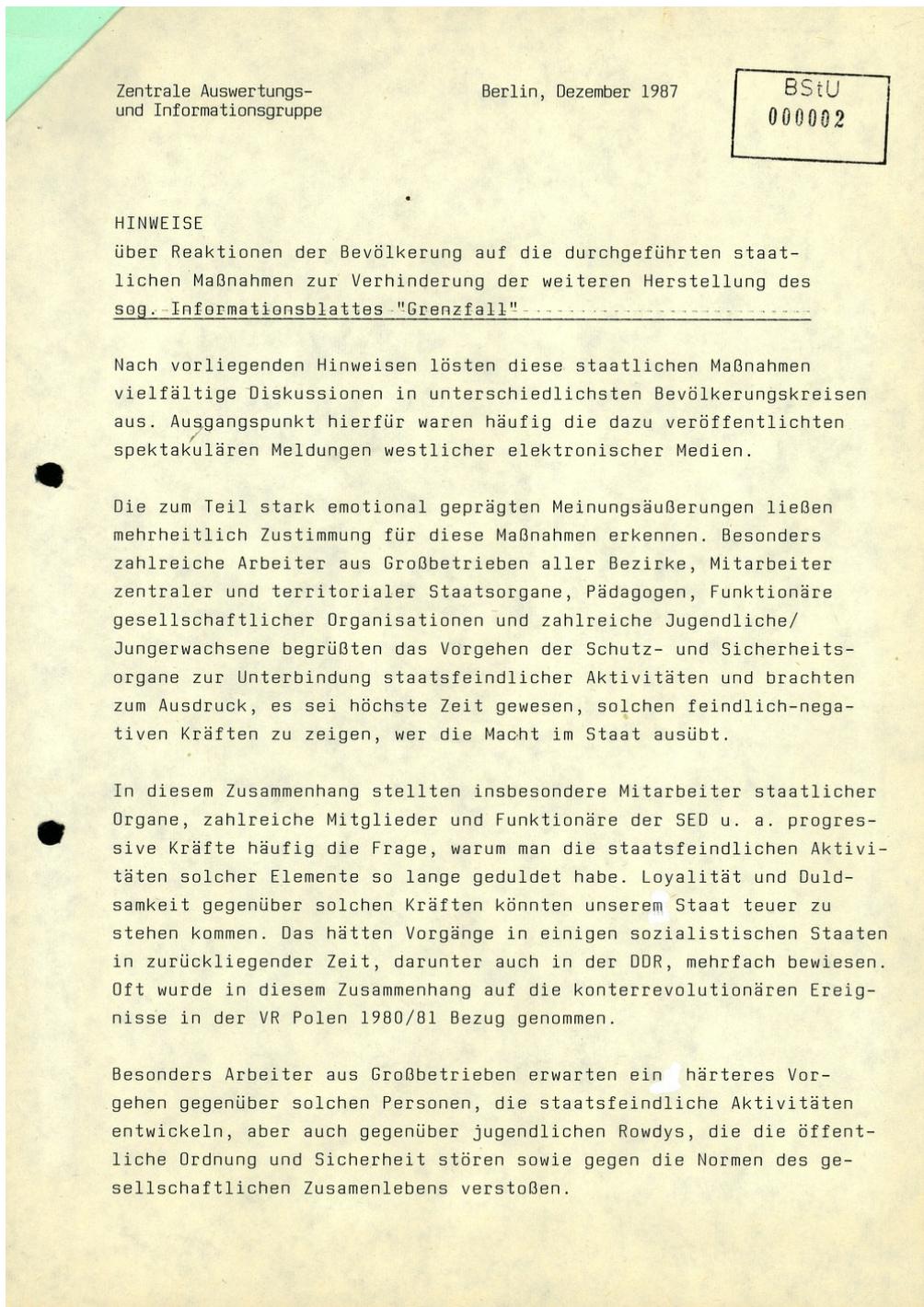
Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS
und Informationsgruppe Datum: Dezember 1987
Rechte: BStU

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4233, Bl. 1-7-8

Blatt 1

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4233, BL 1-7-8

Blatt 2

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

BStU
000003 2

Viele progressive Kräfte, darunter Mitarbeiter des Zentralrats der FDJ, Mitarbeiter in den Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen und Volksbildung, Mitarbeiter staats- und wirtschaftsleitender Organe und Funktionäre äußerten Befremden und Enttäuschung bis hin zu Unverständnis und Empörung über die kurzfristige Aufhebung der Haftbefehle gegen die Tatverdächtigen.

Feinde des Staates - so argumentierten vorgenannte Personenkreise - dürften nicht mit Milde bei strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Unter Hinweis auf westliche Veröffentlichungen über Proteste westlicher Politiker, auf die massive Verleumdungskampagne und auf die Haltung bestimmter kirchenleitender Kräfte wird teilweise die Frage aufgeworfen, ob die DDR, unter diesem Druck stehend, Zugeständnisse gemacht habe und daraus geschlußfolgert, die im Rahmen der Dialogpolitik erforderliche Kompromißbereitschaft habe die Schmerzgrenze erreicht und dürfe nicht zur Erpressbarkeit der Staatsorgane führen.

Die im Zusammenhang mit den Vorgängen in der und um die Zionskirche von den westlichen Massenmedien inszenierte Hetz- und Verleumdungskampagne wird von vielen DDR-Bürgern, darunter auch von religiös gebundenen Personen, verurteilt.

Gleichzeitig äußerten sie sich jedoch außerordentlich kritisch über die ihrer Meinung nach völlig unzureichenden Veröffentlichungen in den DDR-Massenmedien zu diesen Vorgängen. Die betreffenden ADN-Meldungen seien unangemessen kurz und wenig inhaltsreich gewesen, hätten keine Antworten gegeben auf Fragen nach den Ursachen und Zusammenhängen und wären deshalb nicht geeignet gewesen für eine offensive ideologische Arbeit. Wiederholt wurde betont, man habe wieder einmal mehr den Westmedien "das Feld überlassen" und die Mehrheit der Bevölkerung habe sich - wie auch bei anderen Anlässen - an ihren Meldungen orientiert. Man sei dadurch verunsichert und nicht in der Lage gewesen, auf viele Fragen, besonders von Jugendlichen, eine überzeugende Antwort zu geben.

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

BStU
000004

3

Weiteren Hinweisen zufolge erklärten zahlreiche kirchliche Amtsträger und religiös gebundene Personen aus den Bereichen aller evangelischen Landeskirchen sowie Mitglieder und Funktionäre der CDU sowie progressiver kirchlicher Zusammenschlüsse, schon seit längerer Zeit mit entsprechenden Maßnahmen gerechnet zu haben, da die Toleranz des Staates gegenüber dem politischen Mißbrauch der Kirchen nicht unbegrenzt sein könne. Das Spektrum der geäußerten Standpunkte des vorgenannten Personenkreises reicht von Zustimmung, Zweifeln an der Angemessenheit der Maßnahmen (bekanntgewordene Veröffentlichungen der Umweltbibliothek hätten keinen staatsfeindlichen Charakter erkennen lassen) bis hin zur Ablehnung von Repressivmaßnahmen gegenüber "Andersdenkenden".

Wiederholt stellten kirchliche Amtsträger Zusammenhänge zwischen den in der Umweltbibliothek der Zionskirche wirksam gewordenen feindlich-negativen Kräften und den Vertretern der "Kirche von unten" her und äußerten, daß ein Wirken oppositioneller Kräfte unter dem Schutz der Kirche ihr letztlich nur Schaden zufüge und das Verhältnis Staat - Kirche belaste. Es sei an der Zeit, durch die Kirchenleitungen das Wirken einiger unter dem Dach der Kirche agierender Gruppen zu prüfen. Dennoch wäre es besser gewesen, wenn an Stelle des Staates die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg in ihrem Bereich für Ordnung gesorgt hätte.

Auch die Mehrzahl der Angehörigen des Lehrkörpers der Sektion Theologie der Humboldt-Universität Berlin stimmte den staatlichen Maßnahmen zu und erklärte ihre Bereitschaft, mitzuwirken an der weiteren Vertiefung des Differenzierungsprozesses in den Kirchen.

Sehr unterschiedliche Positionen nehmen Theologiestudenten der Humboldt-Universität Berlin und der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock sowie einige religiös gebundene Studenten der Universität Greifswald ein. Zurückhaltung und abwartende Positionen bei der Bewertung der staatlichen Maßnahmen stehen offen geäußerte ablehnende Haltungen gegenüber. Einige kirchliche Amtsträger verwiesen auf den ihrer Meinung nach erkennbar gewesenen "Öffnungsprozeß" während des Olof-Palme-Friedensmarsches und bezeichneten die staatlichen Maßnahmen als einen "schweren Schlag ins Gesicht".

Reaktionen der Bevölkerung auf die staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Herausgabe des „Grenzfall“

BStU
000007
4

Nach streng internen Hinweisen äußerten die Bischöfe Demke/Magdeburg und Leich/Eisenach, die Vorgänge in der Zionskirche machten deutlich, daß auch die Kirche bestimmten Auseinandersetzungen nicht mehr aus dem Weg gehen könnte. Sie sprachen sich für eine sachliche Informierung der Kirchengemeinden, auch unter Nutzung der Kirchenzeitungen, aus. Beide bemängelten jedoch die geringen Informationen in den DDR-Massenmedien. Bischof Leich riet auf einer Sitzung der Kirchenleitung zur Besonnenheit bei der Bewertung der Vorgänge in der Zionskirche. Er wertete die Maßnahmen als Ausdruck des "Kampfes zwischen Falken und Tauben im Staat", wobei die Tauben derzeitig bemüht seien, eine "Schadensbegrenzung" zu erreichen. Weiteren internen Hinweisen zufolge verhalten sich Kirchenpräsident Natho sowie andere kirchenleitende Kräfte und Amtsträger der Evangelischen Landeskirche Anhalts zurückhaltend. Nach ihrer Auffassung seien die Informationen nicht ausreichend, um eine objektive Beurteilung der Situation vornehmen zu können. Vereinzelt werden von den Genannten Vermutungen über zu erwartende weitergehende staatliche Maßnahmen geäußert, z. B. Reduzierung der Anzahl der Vervielfältigungsgeräte der Kirche, stärkere Kontrollmaßnahmen zur Nachweisführung und strengere Maßstäbe bei der Erteilung von Druckgenehmigungen.

[REDACTED] erklärte intern u. a., es gebe noch viele Elemente, die das Dach der Kirche immer wieder dazu nutzen, um Unruhe zu stiften. Diese Aktion bringe nichts Gutes. Die Zusammenarbeit Kirche - Staat habe sich in den letzten Jahren gut entwickelt und sei bisher ohne große Konflikte verlaufen. Jetzt werde sie schwieriger und komplizierter werden, und durch das Vorgehen der Staatsmacht habe die Zusammenarbeit einen wesentlichen Rückschlag erlitten.

[REDACTED]